Ressourcenwirtschaft

Wegbereitung und Wandel zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Gastvortrag von Harald J. Orthaber (zfs¹) beim SERI-Brownbag, 18. März 2014, 12:30-14 Uhr, Wien

Ein Brownbag-Vortrag ist eine Vortragsart, bei der über die Mittagspause zu einem lockeren Zusammensein eingeladen wird, um sich in einem Thema über Gemeinsames und Andersgedachtes auszutauschen. SERI bietet dazu einmal im Monat diese Gelegenheit für interne MitarbeiterInnen und für Gäste.

Kurzfassung: Die Ressourcenwirtschaft ist im Vergleich zum Arbeitsfeld eines Ressourcenmanagements, infolge neuer einschneidender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die den Waren- und Geldverkehr betreffen, als eine Wirtschaftsform per se zu verstehen. In ihr geht es übergeordnet nicht um die Vermarktung von Ressourcen, wenngleich sie innerhalb der Rahmenbedingungen als eine Marktwirtschaft zu bezeichnen ist. In ihrem Konzept wird primär anerkannt, dass nachwachsende Naturgüter auf dieser Erde begrenzt sind und demnach pfleglich damit umzugehen ist. Dies führt zu umfassenden Konsequenzen im ökologischen, sozialen, und wirtschaftlichen Bereich. Ökologisch bedeutet dies eine gesellschaftspolitische Selbstbegrenzung des Konsums von Naturgütern und ihre permanente Bilanzierung, sozial, ein gleichberechtigtes Zugangsrecht in Form einer Grundversorgung und wirtschaftlich, eine gerechte Preisgestaltung und Arbeitsverteilung. Die beiden Faktoren Natur (bemessen über spezielle Indikatoren) und Arbeit (bemessen über Geld- oder Zeitwerte) und ihr Zusammenwirken lassen sich in ihren Grundsätzen als Rahmenelemente sehr einfach darstellen – lassen andere Perspektiven oder Erklärungsmodelle zu – und lassen so neuen Raum und neue Freiheiten für komplexe Lösungen und Begleitmaßnahmen entstehen.

<u>Die Wegbereitung</u> dieses zunächst abstrakt klingenden und technokratisch erscheinenden Rahmens kann auf örtlicher oder regionaler Ebene erfolgen. Dies mittels eines schrittweisen Übergangs mit etlichen Adaptierungsphasen, wie z.B. Bewusstseinsbildung im Umkreis der Betroffenen oder Beteiligten, mittels Ausbildung/Training über örtliche oder regionale Organisationsformen (z.B. Vereine) und letztlich anhand der Anfertigung einer analytischen Dokumentation der Auswirkungen (z.B. Sozialkapitalerhebung). Fiskalische und ordnungspolitische Stufenpläne und die Zerlegung in technische Teilschritte, betreffend Anzahl und Art der involvierten Produkte und Dienstleistungen, sind ebenfalls möglich.

Verifikationen und Validierungen lt. EU-Vorgaben, die über herkömmliche monetäre Bewertungsmethoden mit den Zielen von Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit und Sicherstellung von Ressourcen in Einklang stehen (sollen), wären dazu wohl eine spannende Herausforderung. Eine dementsprechende Aufbereitung auf unternehmerischer Ebene wird vorbereitet.

Anhänge:

A) Grundsätze zur Ressourcenwirtschaft, B) Präsentationsfolien

Vortragsdetails

Persönliches Profil des Vortragenden in Stichworten: Studium Landschaftsökologie und Landschaftsplanung (BOKU, Wien, 1983-92) und Spezialisierung auf Landnutzungserfassung mit Satellitenbilddaten (Dissertation, Dresden 1999 – führte 2008 noch zur Patentierung eines Bildatenvorverarbeitungsverfahrens), ab 1992 Umweltdatenerfassung von Industriebetrieben bei einem Umwelt-Consulting-Unternehmen in Leoben, dann selbstständig tätig.

Vorgeschichte der Entwicklung zur Ressourcenwirtschaft

Das Jahre ab 1992 waren auch die Zeit euphorischer Aussichten bezüglich der Entwicklung auf dem Umweltsektor: Privatwirtschaftliche Entwicklungen auf dem Gebiet der Erdbeobachtung mit breitem Datenzugriff, kommende Umwelthaftpflicht für Großemittenten und natürlich Rio92 wirkte nach. Mit dem Beitritt Österreichs zur EU, 1995, wurde die Umwelthaftpflicht jedoch auf die lange Bank geschoben (wurde dann erst 2009! wenig ambitioniert verwirklicht). Auch die Entwicklungen auf dem Satellitenbildsektor verflachte wieder. Persönlich beschäftigen Orthaber bis 2005 spezielle Landnutzungs-Auswerteverfahren, um ähnlich der Wasserrahmenrichtlinie eine Art flächendeckend Bodenschutzrichtlinie zu entwickeln und um Kommunen für eine gemeinwohlorientierte und nachhaltige Nutzung anzuhalten. EU-Projekteinreichungen (RP5 und 6) und die nationale Einreichung bei ProVision (mit Plenum, 2005 – ,Region Resource') bildeten dazu etliche Anstrengungen. Die Förderungen kamen jedoch nicht zustande. Ab 2002

Das **z/s** ist seit Mai 2007 ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft (http://www.initiative-zivilgesellschaft.at), einer Projektegemeinschaft aus gegenwärtig über 40 Initiativen und Organisationen. Kurzinfo-Webseite: http://members.chello.at/zfsnet/

begann Orthaber den Fokus zunehmend auch auf soziale und ökonomische (Finanz) Fragestellungen zu richten. Ab 2005 führte die Bekanntschaft mit H. P. Aubauer und dessen Entwicklung des Ressourcenanteilhandels denn auch zur Zuwendung an diese neuartige Verbindung zwischen Finanzwelt und Ökologie. Die auch aus persönlichen Beobachtungen verfolgten umweltbezogenen Entwicklungen wurde am 2. Juni 2012 bei der 10. Konferenz der IZ, Ossiach, aus Anlass von Rio Plus 20, dargestellt (nachzuhören im Web auf der zfs-Kurzinfoseite). Hier konkret zu erwähnen wäre nur die Entwicklungsreihe, die seit D. Meadows und H. Daly in den 70er-Jahren begann und nach Rio 92 aufseiten des Klimaschutzes mit der dann folgenden Instrumentarisierung des CO2-Handels über Kyoto 97 und den parallelen Entwicklungen aufseiten der Bodennutzung über den ökologischen Fußabdruck geschahen (s. Folie ,Rio+/-20'). Der Bezug zur Bodennutzung (in der Folie grün dargestellt) passte letztlich mit der Ressourcenwirtschaft genau in die Konzeption, die 2005 dann für die weiteren Entwicklungen aufgegriffen wurde. Es geht darum, Soziales, Ökologisches und Ökonomisches in Bezug zur Bodennutzung auf einen Nenner zu bringen.

Mit dem Eintritt in die NGO-Szene, Mitarbeit beim Buch ,Wende der Titanic' (ESD) und folgend Beteiligung an der Initiative Zivilgesellschaft (IZ, als Verein gegründet 2007) mit dem Projekt Zukunftsform Systemwandel (zfs), war diese Periode gekennzeichnet durch eine intensive Beschäftigung mit dem Brückenbau zwischen dem Instrument von H. P. Aubauer und anderen Initiativen der IZ. Diese Periode skizziert die Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch Grundeinkommen bis heute (gipfelnd im Beitrag zum Kongress der globalen Grundeinkommensbewegung, BIEN 2012, in München, zusammen mit einem Vertreter des Ökobonus-Modells – ebenfalls im Web per Video nachzuhören), mit gemeinsamen Vorstellungen des BGE und der Ressourcenwirtschaft. In zahlreichen Arbeitskreisen, Vorträgen und Tagungen festigten sich die Argumentationen und führten zum Teil zur eigenen Sichtweise, Themenbereiche zu definieren und daraus relativ einfache Lösungswege zu erkennen. So etwa zum Thema Arbeit und Geld, zum Geldsystem, zur Definition Natur/Ökologie und deren rahmengebende Erfassung, zum Wohlstand und schließlich zur erneuten Zusammenführung der zunächst aufgetrennt gedachten Elemente Natur und Arbeit zu qualitativen, komplexen Vernetzungen in Form von Prognoseinstrumenten (Einfluss der menschlichen Bewirtschaftung und Tätigkeiten auf die (ökologische) Nachhaltigkeit und Resilienz). Anzumerken wäre noch, dass die meisten ökologischer Lösungskonzepte über die sogenannte Einpreisung (Internalisierung) ökologischer Leistungen und Belastungen in das monetäre Wertesystem (z.B. Ökosteuer) nicht hinausgeht. Damit scheiterten sie bis heute an der politischen Durchsetzung.

Teil 1: Fachliche u. gesellschaftliche Positionierung der Ressourcenwirtschaft

Ressourcenwirtschaft, Gesellschaft und Systemwandel. Zu Beginn derartiger Vorträge stand in letzter Zeit häufig eine Kardinalfrage, die an den US-Ökonom Kenneth Boulding anschließt: "Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom' (abgesehen davon, dass so manche Ökonomen tatsächlich an eine unbegrenzte Welt aus ihrer Sicht der Bewertung glauben und deshalb auch an ein unbegrenztes Wachstum). Dazu folgt also die Kardinalfrage: "Gibt es eine begrenzte Welt hinsichtlich nachwachsender Naturressourcen (bioproduktiver Flächen)?" Wir denken, dass es eine klare Begrenzung gibt. Und somit kann ein folgerichtiger Aufbau einer Ressourcenwirtschaft umgesetzt werden, andernfalls ginge dies nicht. Ressourcen'wirtschaft' wird das Modell deshalb genannt, weil damit ein gesamtgesellschaftlicher Rahmen materiellen Umsatzes gesetzt wird und die wirtschaftliche Steuerungsfunktion übernimmt, die gegenwärtig das Geld innehat. D.h. das Modell fokussiert It. Aubauer auf jenen Indikator, der klar verifizierbar im Minimum ist. Ansonsten wären als wichtige Lebenselemente auch Wasser oder Luft zu nennen, diese sind jedoch erstens nur Trägersubstanzen, zweiten in Qualität sehr differenziert zu betrachten und drittens in Quantität regional/örtlich nicht klar zuzuordnen/fassbar.

Der nächste Abschnitt skizziert nun einen systemischen Blick auf die Entwicklung hin zu einer Ressourcenwirtschaft, der dann als eine Art gesellschaftlicher Systemwandel bezeichnet werden könnte. Dabei wird zunächst nicht die Makroebenen betrachtet, sondern die alltägliche Situation der Menschen im gesellschaftlichen Kreislauf (Folie ,gesellschaftliches Laufrad ..'). Entwickelt wurde diese Betrachtung im Zuge der Vorbereitungen zum 5. Österreichischen Sozialforum, Leoben 2010, vorgetragen in einem Workshop. Eine Schrift dazu ist noch unveröffentlicht. Dem zunächst im gegenwärtigen Wirtschaftssystem recht schlüssigen Kreislauf ,Familie – Schule – Arbeit – Geld (Einkommen)' werden in seinen Einzelpositionen einzelne Lösungsvorschläge gegenübergestellt (,stressfrei leben' in der Familie, s. Jesper Juul – ,frei lernen' ohne Schul- oder Bildungsverpflichtungen, s. Andre Stern – ,frei tätig sein' ohne Arbeitsdruck und mit erfüllender Arbeit, s. Transition Towns – und ,frei zur Verfügung stehende Geldmittel' z.B. durch Regionalwährungen), die sich jedoch als Einzelelemente im gegenwärtigen System nicht behaupten können. Als Ausstiegsszenario wird demnach ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) skizziert, das ein solches Szenario zu einem neuen Systemkreislauf verbunden, zumindest denkmöglich machen würde. Dies heißt, eine Grundversorgung für alle würde Wesentliches in unserer Gesellschaft

verändern. Dies soll jedoch nicht heißen, dass mit dieser Maßnahme allein dies tatsächlich dauerhaft umsetzbar wäre. Es schafft jedoch eine wichtige Phase der Bewusstseinsbildung bezüglich der Verteilung unserer notwendigen Arbeit, über das Arbeitssystem und der Bezahlung, das Geldsystem und die Finanzierung, u.a.m.. Die studentische Protestbewegung "Uni brennt", 2009, hatte dazu den richtigen Start zwar groß plakatiert und damit eine richtige Frage gestellt "Was würden Sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre?", jedoch letztlich kaum etwas daraus gemacht.

Als nächster Erklärungsschritt hin zu einer Ressourcenwirtschaft wird bewusst gemacht, dass sich unsere menschheitsgeschichtliche Entwicklung hauptsächlich auf den Aspekt der Arbeit und Austauschmedien (Geld), als **Basis** hin (Markt)Realwirtschaft, konzentrierte zur ,Entwicklungsgeschichte ..'). Dabei wurde jedoch übersehen, dass wir nicht nur von Arbeit, sondern auch von der Natur, aus der wir entstammen, leben. Die Natur ist in unserem Wirtschaftssystem (für deren Machthaber) jedoch ein frei zugänglicher Bedienungsladen. Und für den freien Markt darf Natur nichts kosten (s. z.B. EU-Warenverkehr). Dies würde sogar der Natur entsprechen, denn sie bietet ihre ökologische Wuchsleistung ohne menschlichem Zutun 'gratis' an. Das Problem dabei besteht jedoch, dass zum einen die Natur dann schnell ausgebeutet und tw. vernutzt wird und zum anderen der Zugang der BürgerInnen ungerechtfertigt verteilt ist. Wenn die Natur schon keiner Leistung des Menschen bedarf, dann haben Menschen maximal auch nur ein gleichberechtigtes Nutzungsrecht, aber kein Eigentumsrecht. Nur der Anteil der geleisteten Arbeit zur Schöpfung der Naturprodukte (Ernte und Verarbeitung) sind 'verkäuflich'. Grundeigentum stellt ebenfalls nur eine umgrenzte Fläche dar, die den Wert einer menschlichen Betätigung darstellt. Dieses Grundeigentum ist hat nichts mit der bioproduktiven Leistung der Natur zu tun, die auf dieser Fläche real oder potentiell stattfindet. Damit wird dieser produktive Eigenwert der Natur zu einem ähnlichen abstrakten Wert, wie das Geld zur Arbeit. Beide Werte sind daher die beiden grundlegendsten Faktoren für unseren Wohlstand. Der bislang ungeregelte oder falsch geregelte Naturzugang gehört fair geregelt! Alternative sehen am gegenwärtigen System aber wiederum nur die unausgewogene Geldverteilung, greifen mitunter auch den Tausch und natürlich das Eigentum an. Das BGE könnte uns von diesen Zwängen befreien. Durchaus lassen sich in unserer nun Fremdversorgungswirtschaft und demokratischen Weiterentwicklung für ein BGE auch gerechtfertigte Argumente finden – etwa als "Anteil an der in der Vergangenheit bereits gesellschaftlich geschaffenen Infrastruktur', als 'Diät' demokratischer Partizipation (R. Blaschke). Auch das historische Argument des Naturnutzungsrechts wird an erster Stelle genannt. Dennoch greift der Fokus die Naturproblematik damit zu lösen zu kurz.

Franz Schallhas hatte dazu um 2007 (m.W. unveröffentlicht) eine graphische Überlegung von Kausalketten zur Problemhierarchie unserer gesellschaftlichen Verhältnisse angestellt und dabei gemeint, dass der politisch relevante Erfolge von Lösungen sich um so schwerer und später einstellen, je näher die Aufklärungsarbeiten an die Wurzel der Kausalkette (ausgehend von 'parasitäres Verhalten des Menschen' – 'Kapitalismus' – 'Wachstumszwang' …) gehen. In der Kausalkette bilden sich nach dem Wachstumszwang seines Erachtens ein sozialer und ein Naturzweig aus (Folie 'Problemhierarchie …'). Dieser Bereich seiner Graphik kann gut mit den dualen Überlegungen der Ressourcenwirtschaft von Arbeit (sozialer Zweig) und Natur überlagert werden. Für die Arbeit (im Sozialen mit Besitz und Eigentum) hat sich das Verteilregulativ 'Geld' herausgebildet, für die Natur (mit Nutzung) existiert dagegen nichts dergleichen. Hier wird in der Ressourcenwirtschaft das Ressourcengeld (besser: Naturnutzungsrecht) als neues Regulativ eingesetzt. Eine gleichberechtigte Zuteilung ist im Gegensatz zu Geld gut vermittelbar. Dieses Medium ist als Abbild der Natur nicht akkumulierbar (verfällt periodisch), wird laufend periodisch jedem Menschen zugeteilt und ist demnach zur Grundversorgung mit Naturressourcen prädestiniert – eine Analogie zum Grundeinkommen. Geld kann dagegen nach wie vor akkumuliert werden und steht für Flexibilität und Luxus. Dennoch ist dessen Dominanz gebrochen, wie weiter unten noch deutlich werden wird.

Kernideen und Grundsätze zur Ressourcenwirtschaft. Mit den bisherigen Ausführungen sind somit die Kernideen und Grundsätze der Ressourcenwirtschaft zu benennen (Folien ,.. Kernideen').

– Bei der Ressourcenwirtschaft wird <u>Wohlstand</u> schlicht aus den beiden getrennt vorliegenden Faktoren Arbeit und Naturressourcen in ihren jeweiligen Bemessungseinheiten generiert: Arbeit in Geldeinheiten, Naturressourcen in physikalischen Einheiten (als Biomasse in Kilogrammeinheiten oder umgerechnet als Fußabdruck in Flächeneinheiten). In der gegenwärtigen Wirtschaft wird dagegen alles in das Geldsystem eingepreist und volkswirtschaftlich als BIP ausgewiesen. Auch bei bisherigen Ideen personeller Handelssysteme werden zwar einzelne Rohstoffe (Energie) direkt ausgegeben (z.B. als Carbon Credit Card) und verbilligen den Rohstoffbezug bei sparsamer Nutzung durch den Verkauf überzähliger Mengen. Der Transfer in Geld bleibt jedoch nach wie vor dabei notwendig. Bei der Ressourcenwirtschaft sind die Ressourceneinheiten dagegen bei allen Produkten und Dienstleistungen abbuchbar.

- Bei der Ressourcenwirtschaft kann man sich den <u>Systemwandel</u> so vorstellen, dass sich das System in der Wirkung umdreht, sodass plötzlich bruchartig die wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mehr nach dem Muster 'immer mehr', 'immer höher, weiter, größer etc.' erfolgen, sondern in Richtung 'weniger Ressourcennutzung, sparsamer, effizienter, gerechtere Verteilung etc.. Der Mensch wird durch die Zuteilung einer Grundversorgung vom Wachstumszwang befreit. Die Handlungsoptionen der Nutzungsintensität von Natur verbleiben beim einzelnen Menschen. Mehr zu verbrauchen als zugeteilt bedeutet zusätzlichen Geldbedarf oder direkten Arbeitaustausch mit anderen Menschen gegen zusätzliche Naturressourcen.
- Es geht also um eine gerechte Verteilung der notwendigen Arbeit und der Naturressourcen. Die Verteilung der Arbeit geschieht dann wie beim BGE indirekt. Wenn eine Grundversorgung besteht, braucht nicht mehr jede Arbeit angenommen werden. Um andere erfüllende (Ideelles, Kunst etc.) und gewinnbringende Arbeiten geht es hier nicht. Dort gibt es auch keine Arbeitsknappheit. Und bei der notwendigen Arbeit besteht nicht unbedingt eine Begehrlichkeit. Diese könnte ruhig wegrationalisiert werden. Ein Arbeitsrecht auf unbehagliche Arbeit wäre wohl kein Ziel, deren Aufteilung auf möglichst viele Menschen aber sehr wohl sinnvoll und gerecht. Die gleichberechtigte Aufteilung der Naturressourcen ist ebenfall sinnvoll und gerecht, dort jedoch als Biomasse-Nutzungsrecht, als Lebensrecht und Menschenrecht.
- Um eine für die Ressourcenwirtschaft nötige <u>Deckelung</u> festzulegen, ist eine stetige <u>Bilanzierung</u> der Naturressourcen durchzuführen, um deren Gesamtmengen zu erfassen.
- Weiters müssen allgemein gültige Regelungen für den Austausch zwischen Geld und Naturressourcen getroffen werden, um Über- oder Unternutzungen von Naturressourcen entsprechend zu handhaben. Es wäre wohl unsinnig in einer Wirtschaft, jenen, die ihre zugewiesenen Naturressourcen aufgebraucht haben, den weiteren Konsum zu verwehren. Er ist der komplementäre Teil zu jenen, denen Naturressourcen übrig bleiben. Sie zu einem Austausch zusammenzubringen geschieht entweder vereinzelt direkt oder indirekt über eine dafür eingerichtete Ressourcentransfereinrichtung (eine spezielle Börse). Dieser Arbeits/Geld-Ressourcenaustausch ist nur eine grobe Rahmenregelung. Der zustande kommende Transferpreis ist ein Angebot-Nachfrage-Gleichgewichtspreis. Er hat mit einem Ressourcenwert nichts zu tun und kann zwischen Null und theoretisch unendlich schwanken. Im Gegensatz zu einer Ökosteuer, die als fixer Prozentsatz vorliegt, ist dieses Preisgebilde völlig dynamisch-variabel. Geldreiche mit vielen Besitzungen werden weit über ihre Naturressourcenzuteilungen liegen und werden laufende Geld-Mehrkosten zu tragen haben. Diese Gelder fließen dann zu Geldarmen. Nach Einschätzung wird ein fixer Begrenzungswert der Naturressourcen aufgrund von Spargewohnheiten bereits zur Absenkung der Gesamtnutzung führen. Planmäßige schrittweise Absenkungen der Gesamtausgabe der Naturressourcenrechte werden jedoch das Ziel einer jeden Umweltpolitik sein müssen und begünstigen stets die in Mehrheit befindlichen Geldärmeren.
- Jedes Land, jeder Staat könnte selbstständig und unabhängig voneinander ein solches Ressourcenwirtschaftssystem einführen. Letztlich müssen aber Vereinbarungen über <u>längerfristige Konvergenzregelungen</u> der Naturressourcen zwischen den Ländern geschlossen werden, mit dem gemeinsamen Ziel, ein globales, nachhaltiges Nutzungsniveau zu erreichen. Ein Zusammenschluss von ressourcenwirtschaftlich agierenden Staaten könnte jedoch bereits einen erleichterten Austausch und die Nutzung von Naturressourcen-Konten zwischen Bürgerinnen jener Länder ermöglich.

Aubauer benennt nun verschiedene Ziele einer gerechten Verteilung der Ressourcen (gerecht im Sinne von E. Kant, dass die Nutzungsrechte des einen Menschen dort enden, wo die Nutzungsrechte des anderen anfangen) auf verschiedenen räumlichen Ebenen – ein sofort wirksames soziales Ziel auf Staatsebene (gerecht verteilt zwischen den BürgerInnen eines Landes), ein globalsolidarisches Ziel (gerecht verteilt zwischen den Generationen).

Beim *zfs* wurden zunächst Hauptziele der Ressourcenwirtschaft benannt, indem für ein "gutes Leben für alle" zum <u>materiellen Wohlstand</u> die Ausbeutung der Natur und die Ausbeutung der Menschen untereinander vermieden und zum <u>immateriellen Wohlbefinden</u> die Zufriedenheit gefördert werden soll. Letzteres spricht auch eine gewisse soziale Befreiung an. In einem Grundkonsens (Grundkonsent nach soziokratischen Gesichtspunkten) wurden dazu schließlich mehrere Punkte, angefangen vom einfachen anfänglichen forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsgrundsatz (nicht mehr zu ernten als nachwächst), über die Akzeptanz naturbedingter Grenzen, die gleichberechtigte Verteilung der Lebenschancen, bis hin zur näheren Definition eines Rahmeninstruments (Eigeninwertsetzung der Natur, Bilanzierung der Biomasse, Grundversorgung der Menschen), aufgelistet.

Die letzte Zusammenstellung zeigt dann nochmals neu unterteilte Grundsätze zur Ressourcenwirtschaft, als Vorschlag erweitert mit dem Bereich Bildung (beigestellt zum Sozialen) und dem Bereich Demokratie, mit dem teils freien Zugang zu Medien. Sie befindet sich im Anhang.

Bislang auftauchende Fragen:

- -- Was wird unter Basiskonsent verstanden? Dies ist eine noch weiter spezifizierte Form der Entscheidungsfindung, definiert in der Soziokratie. Die direkte Handhabung erfolgt in Kleingruppen mit bis zu 15 Menschen. Aber über ein Delegiertensystem sind auch hierarchisch sehr große Gemeinschaften damit gestaltbar. Als Einwand kam, dass ein soziokratisches System bereits ein Ziel vorgibt. Für ein offenes System mit vielen Eingabevorschlägen ist dies aber schwierig. Dort werden zusätzliche oder andere Reihungssysteme angewendet.
- -- Gier oder Eigennutz? Bezügliche der Ursache-Wirkungskette von F. Schallhas steht die Gier des Menschen am Ursprung unsere Problemhierarchie. Wäre hier nicht der Eigennutz eine positivere Formulierung? Lt. E. Gehmacher wäre "Eigennutz" hier jedoch nicht so gut platziert. Gier hat keine Grenze und strebt nach immer mehr. Der Nutzen kann nicht im Widerspruch stehen mit dem Gesamtnutzen, da dieser Nutzen der anderen ev. auch verzögert zurückwirkt. Gier schädigt das System und auch den Menschen selbst.
- -- Wie ist die Natur zu bewerten? Die Konzeption der Ressourcenwirtschaft zielt in den letzten Jahren ihrer Entwicklung zentral auf die Biomasse (s. erste Projekteinreichung beim Klimafonds, Sept. 2013). Aubauers Arbeiten richten sich an den ökologischen Fußabdruck und deren Verbesserungen (s. Veröffentlichung 2011), hat im Grunde aber auch den Kohlenstoffgehalt der Bioproduktion im Visier (s. umfassende Präsentation dazu, April 2013). Der Biomasse-Fußabdruck wurde erstaunlicher Weise wissenschaftlich aber noch gar nicht ins Auge gefasst. Demgegenüber zeigt sich z.B. AGES aber interessiert, da ein messbarer Indikator konkreter darstellbar ist, als das x-te weitere Gütesiegel. Bei der Umsetzung der Erfassung werden Sammelproben von Produktgruppen gemacht wäre also machbar.

Die letzte Frage leitet auch über in den Teilbereich fachlicher und technischer Details.

Fachliche und technische Details. <u>Biomasse als zentrales Element</u>. Die Ressourcenwirtschaft wird seit Beginn der Erstellung eines konkreten Projektangebots, Anfang 2012, auf die Berechnungsbasis der Biomasse gestellt. Bei der ersten Einreichung beim Klimafonds, September 2013, wird dies bereits in der Zusammenfassung deutlich auch graphisch hervorgehoben (Folie ,Biomasse als zentrale Materie').

Errechnung des Fußabdrucks. (Folie ,EF-Indikatoren ...') Der Fußabdruck nach Rees/Wackernagel (sogenannter ökologischer Fußabdruck, EF – ecological footprint) stellt jene Land- und Wasserfläche dar, die in Anspruch genommen wird, um den Bedarf des Menschen zu produzieren und den dabei erzeugten Abfall aufzunehmen. Er beschränkt sich dabei auf biologisch produktive Land- und Wasserflächen. Als ein grundsätzlicher Ansatz errechnet er sich aus dem geernteten Erntegut in Frischmasse, gebrochen durch den globaldurchschnittlichen Ertrag in Frischmasse pro Hektar. Da letzterer der globale Durchschnittswert ist, wird das Ergebnis als ,globaler Hektar' (gha) bezeichnet. Dies wäre eine sehr einfache Formel, ergäbe so aber keine differenziert darstellbaren Fußabdrücke pro Frischgewicht der Erntegüter, wie es logisch und erwartbar wäre und wie es vom EF schließlich auch dargestellt wird. Erreicht wird dies durch die zunächst für jedes Erntegut getrennte Erfassung der Einzeldurchschnittswerte und der dadurch unterschiedlichen Fußabdrücke pro Frischmasse eines jeden Erntegutes. Diese Einzelergebnisse werden dann anhand von Ernte- und Äquivalenzfaktoren praktisch wieder auf den gleichen Nenner der Grundformel gebracht, um zum Gesamt-Fußabdruck addiert werden zu können.

Mit dem hier neu definierten Biomasse-Fußabdruck (BF; dieser existiert begrifflich in der Wissenschaft erstaunlicher Weise noch gar nicht) wird die gleiche Grundformel des EF verwendet, jedoch ähnlich wie bei Aubauers Konzept des modifizieren ökologischen Fußabdrucks (MEF) der Kohlenstoff-Massegehalt des Erntegutes herangezogen. Dieser kann grob über die Nährwert-Inhaltsstoffe oder über direkte chemische Analysen erfasst werden. Dabei wir ebenfalls der Wassergehalt und ev. auch andere wesentlich ins Gewicht fallende Komponenten ermittelt, um so wiederum der praktischen Markt-Handhabe über die Frischmasse Genüge zu tun. Über den Kohlenstoffmassegehalt wird eine einfache Messgröße der Biomasse eines jeden Erntegutes und eine einfache Messgröße der globalen durchschnittlichen Kohlenstoffbindung pro Hektar erfasst. Auf die Frischmasse bezogen, ergeben sich damit ähnlich wie beim EF von Rees/Wackernagel, auch differenzierte Biomasse-Fußabdrücke für jedes Erntegut. Es kann angenommen werden, dass bei einzelnen Erntegütern wohl Abweichungen auftreten, im großen Schnitt über alle Erntegüter sich jedoch sehr ähnliche Fußabdruckswerte ergeben werden, da die Basis beim EF ebenfalls die bioproduktiven Flächen darstellen. Korrelationsanalysen in Forschungsprojekten sollen dies belegen. Der EF und der BF könnten damit einander angeglichen werden, voneinander profitieren und jeder für sich in seinen spezifischen Anwendungsbereichen weiterhin genutzt werden. Auf den MEF von Aubauer (veröffentlicht 2011) wird hier nicht weiter eingegangen. Das zfs arrangierte dazu im April 2013 eine spezielle Präsentation und Vergleiche. Sie wurde ausführlich dokumentiert und ist nachlesbar. So manches kann davon in die Ressourcenwirtschaft als optionale Vorschläge integriert werden.

<u>Indikatorenset</u>. (Folie ,Lösungsangebote ..') Der BF kann wie alle anderen Indikatoren auch, nur ein bestimmtes Spektrum von Produkt- und Dienstleistungseigenschaften in einem Wirtschaftsgefüge abbilden. Wie z.B. Geld eine Arbeitsquantität abbildet, unbeachtet welche Qualitäten damit verbunden sind, so kann

der BF als Biomasseindikator nur als Abbild von bioproduktiven Flächen dienen, ebenfalls unbeachtet irgendwelcher Qualitäten. Der BF kann daher als ein Rahmenindikator angesehen werden, innerhalb dessen die Wirtschaft mit all ihren Lebensqualitäten und all den anderen Indikatoren wirken kann (auch weitere methodische Entwicklungen, wie z.B. jene in einem Projektkonsortium mit SERI entwickelte BRIX-Methode kann dazu einfließen). Vom BF zu den anderen Indikatoren wird hier eine gewisse Hierarchie vorgeschlagen, sodass sich bei den vielen Indikatoren dann auch eine Struktur herausbilden könnte, um ein klareres Bild der Anwendung zu liefern. So wurde dazu bei der Ressourcenwirtschaft der Bereich der Prognoseinstrumente bereits grob skizziert, wodurch der Komplexität der Nachhaltigkeit und Resilienz einer produktiven oder konsumtiven Tätigkeit dann besser Rechnung getragen werden kann. Es wird damit praktisch die Orientierung der Akteure innerhalb der Ressourcenwirtschaft erleichtert oder auch erst ermöglicht.

Akteursebenen innerhalb der Ressourcenwirtschaft. (Folie ,.. wirtschaftliche Strukturen') Im wirtschaftlichen Ablauf lassen sich die Flüsse der Naturressourcen, ausgehend von der Footprint-Ebene, und jener der Naturressourcenrechte, ausgehend von der Konsumebene darstellen. Auf PrimärproduzentInnen, die den direkten Naturzugriff haben, werden die Naturentnahmen mit dem Konsum (Naturressourcenrechte) bilanziert. Dies wird von einer Behörde/autorisierten Agentur, ähnlich heute einer Wirtschaftsprüfung (nur ev. lückenlos), auf Stimmigkeit überprüft. Alle anderen Gewerbetreibenden und Konsumierenden brauchen in dieser Hinsicht nicht überprüft werden. Auf der Footprint-Ebene erfolgt die oben beschriebene Erfassung des BF und eine Erstellung von sogenannten BF-Preislisten. Alle weiteren Kennzeichnungen sind eine Folge dieser ersten BF-Erfassung und sind quasi Durchlaufposten bis zum Endkonsumierenden. Die aus der Sicht der Plattform Footprint analytisch-komplexen EF-Erfassungen lösen sich hier in einfacher Weise als Synthesevorgang auf.

Der konsumorientierte Wirtschaftsablauf braucht sich am bisherigen Verhalten der Menschen nicht verändern. Die Menschen kaufen weiterhin das Billigste und sollen dies auch tun, da die Naturressourcen direkt als eigene (Geld)Wertkomponente parallel mit dem zunächst unveränderten Geldwert direkt wirksam werden. Nun werden damit zugleich die Naturressourcennutzung und mögliche Belastungen reduziert! Die Produzierenden werden darauf reagieren und auch diesbezüglich noch 'billigere' (ressourceneffektivere) Geräte erzeugen. Parallel können die Menschen auch sich selbst im Konsumverhalten soweit umstellen, dass mit der Naturressourcenzuteilung eine Grundversorgung/ein Grundeinkommen wirksam werden kann. Damit muss mit nachhaltigerem Konsumverhalten gegenüber andere weniger Arbeit geleistet werden. Sozusagen ein dreifacher positiver Effekt für die Menschen. Begleitmaßnahmen werden bei ev. noch auftretenden sozialen Unausgewogenheiten (Notlagen bei ökologisch uneffektiver Versorgungslage) oder Aushebelungen durch das monetäre System (Preisdruck von Monopolbetrieben z.B. bei Energie, Wohnungsmieten), für Abhilfe sorgen.

Geldwirtschaft und Ressourcenwirtschaft – Gegenüberstellung anhand eines Blockdiagramms. (Folien 'Instrumente und Systemwirkungen') Die Systemänderung kann relativ einfach anhand eines Blockdiagramms deutlich gemacht werden. Beim gegenwärtigen Geldwirtschaftssystem kann mittels Geld (beliebig ausdehnbar) sowohl auf Dienstleistungen als auch auf Naturressourcen über mehr oder weniger fördernd oder hemmend ausgestaltete Regelungen (Ökosteuer, Förderungen) zugegriffen werden. Beim Ressourcenwirtschaftssystem wird dem Geldsystem noch ein Ressourcengeldsystem (Ökokonto) beigestellt. Der Zugriff auf Dienstleistungen geschieht nach wie vor mittels Geld, jener auf Naturressourcen aber mit dem Ressourcengeld. Ist eines von beiden nicht ausreichend verfügbar, muss/kann ein Transfer zwischen Geld und Ressourcengeld über eine Transferbörse stattfinden, um dennoch einen Zugriff auf alle Wirtschaftsgüter zu erhalten, denn nahezu alle Wirtschaftsgüter kosten Geld und Ressourcengeld.

Die bislang skizzierten Grundsätze und technischen Details der Ressourcenwirtschaft betreffen das fertige Modell. Wie ist nun eine Einführung, eine Wegbereitung, wie sind Übergänge von unserem Wirtschaftssystem gestaltbar? Wie kann diesbezüglich eine Projektierung stattfinden? All diese Fragen schneidet der folgende Teil des Vortrages an.

<u>Teil 2: Wegbereitung und Umsetzung – Projektentwicklungen</u>

Im Folgenden werden die einzelnen Abschnitte nur mehr in knappen Auszügen behandelt. Sie sind teils noch in Entwicklung begriffen und teils sind dazu bereits ausführliche Schriften vorhanden, die jedoch noch nicht veröffentlicht wurden. Darunter sind Schriften und Dokumente zu aktuellen Projektanbahnungen.

Detailprojekte zum Gesamtprojekt. (Folie 'Projektentwicklung – staatlich') Diese erste Projektangebot-Niederschrift wurde Anfang 2012 begonnen. Es lag dabei die Bestrebung dahinter, nach mehrjähriger Vortrags- und Workshop-Tätigkeit in den verschiedensten Foren der NGOs erstmals mit konkret daran interessierten SpezialistInnen der nötigen Fachbereiche, die konkrete Kosten- und Zeitaufwendung für eine schrittweise Umsetzung des Konzepts der Ressourcenwirtschaft zu projektieren. Eine konkrete Einreichungsoption lag bis dahin noch nicht vor. Das Angebot sollte unabhängig von speziellen inhaltlichen Vorgaben sein und zunächst für eine sogenannte Blindbewerbung zur Finanzierung ausgelegt sein. Das Angebot wurde aber nach Strukturen, wie sie bei wissenschaftlichen EU-Projekteinreichungen zu Umweltrahmenprogrammen üblich sind, aufgebaut.

Das visionäre Gesamtprojekt wurde in Detailprojekte zerlegt, wobei das erste Projekt einen realistisch durchzuführenden ersten Schritt zur Erfassung und Aufbereitung der dazu notwendigen Daten beinhaltet. Als ein inhaltlicher Meilenstein ist anzusehen, dass die Indikatorerfassung und -kreation auf einen bislang noch unbekannten Biomasse-Fußabdruck abzielt und diesen mit dem gängigen ökologischen Fußabdruck vergleicht. Dabei sollen für alle Erntegüter eine sogenannte 'Preisliste' (spezifischer Biomasse-Fußabdruck, bemessen in globalen Hektar pro Frischmasse) erstellt werden.

Von der organisatorischen Seite wurde von einigen der Projektbeteiligten nach einem ersten Entwurf aber bald nahegelegt, dass auf Staatsebene, auf die das Projekt im Endeffekt ausgerichtet ist, kaum eine Chance auf Finanzierung bestehen kann. Dies deshalb, da keine Zwischenkontrollen auf Auswirkungen, positive Effekte etc. eines solchen Projekts nach diesem ersten Detailprojekt noch erfassbar sein würden – dies auch nicht aufseiten irgendeines Bewusstseinsbildungsprozesses, wie es der ökologische Fußabdruck an und für sich ja ist. Die Umsetzung des gesamten Projekts liegt zu weit weg und wäre zu unsicher. Somit wurde im Herbst 2012 begonnen, an eine regionale Wegbereitung heranzugehen.

Einstieg auf regionaler Ebene. Die fachliche Umsetzung auf regionaler Ebene war für die Ressourcenwirtschaft zunächst ja kein Thema gewesen, da für eine korrekte Funktion des Modells alle BürgerInnen zu beteiligen und auch die Ressourcenflüsse in diesem Land entsprechend zu kennzeichnen wären. Dies könne nur als staatliche Leistung geschehen oder gar erst unter Einbindung der EU. Nun geht es aber nicht darum, die Ressourcenwirtschaft bereits perfekt zu implementieren, sondern es geht um deren Bekanntmachung, wodurch dann über Bewusstseinsbildung, bis hin zu Pilotumsetzungen innerhalb von Vereinen, Erfahrungen zu sammeln wären. Diese könnten fokussieren: Markenzeichen 'Region Biogemeinschaft …', schonender Umgang mit den eigenen nachwachsenden Naturressourcen, hoher Selbstversorgungsgrad, Verhalten der Menschen bei doppelter Kennzeichnung, beim Tausch und schließlich die Einrichtung von regionalen Zahlungseinheiten mit der Verkopplung der Ressourcenwährung.

Aus Sicht des Gesamtprojekts bedeutet eine solche Vorgangsweise organisatorisch bereits eine weit ausgreifende Abarbeitung des Projekts, aus dem bereits Auswirkungen und ein Feedback gegenüber dem Modell, zu erfassen wäre. Der Fokus liegt hier nicht mehr auf der grundlagenorientierten Erfassung des Biomasse-Fußabdrucks, sondern auf der gesellschaftlichen Umsetzung. Gewisse Vorannahmen und grobe Bemessungen von Naturressourcen würden dazu vorerst ausreichen. Es geht darum, an Regelwerken zu arbeiten, um z.B. von Vereinen attraktive Angebote für die regionale Bevölkerung zu gestalten, Menschen zur Beteiligung zu gewinnen und dann innerhalb dieser Organisationen zum Bleiben zu veranlassen.

Fachliche Überlegungen für diese regionale Form des Einstieges führten zu einer taktisch verbesserten Aufarbeitung der Prinzipien bei der Ressourcenwirtschaft. Die Herausarbeitung zweier Ressourcennutzungsformen, die der Erntegüter und die der Flächenutzung (inkludiert die Energienutzung), waren wichtige Eckpunkte einer weiterentwickelten Darstellung. Auch die Inkludierung eines webbasierten Netzwerks, das auch die Aufgabe des regionalen Zahlungstransfers mit der Ressourcenwährung zu übernehmen hat (z.B. unter Einbindung des Cyclos-Buchungssystems), ist Teil des Projekts.

Weitergeführt, jetzt mit den Zielsetzungen des ab 2014 bis 2020 nun gestarteten EU-Programms Horizon 2020, könnte als zeitnächste Option, die marktwirtschaftliche Förderung Klein- und Mittelbetriebe anvisiert werden. Wachstum, Jobs, Konkurrenzfähigkeit und Sicherheit könnten anhand der Ressourcenwirtschaft aus einem Blickwinkel der Erhaltung der Infrastruktur, Erhaltung der Arbeitskraft durch eine Grundversorgung und der ökologischen Effektivitätssteigerung, neu bewertet werden. Makro- und mikroökonomische Instrumente der Bewertung/Verifizierung wären dazu mitunter auszuarbeiten. Optionen unternehmerischen Erfolgs könnten dann anhand solch einer Pilotstudie bemessen werden.

Einstieg als Grundlagenprojekt (acrp). Ab Juni 2013 machte einer der Projektmitwirkenden auf die ACRP-Förderung des Klimafonds aufmerksam. Die Herausforderung wurde angenommen und die Ausarbeitung des Projekts konzentrierte sich, ähnlich wie bei der ersten Detailausarbeitung, auf die Datenerfassung zur Kreation des Biomassefußabdrucks. Die Studie wurde um einen ausführlichen Vergleich mit dem ökologischen Fußabdruck erweitert, um eine aufeinander abgestimmte Nutzung auszuloten.

Weiters wurden alle Problematiken der Flächen- und Energieerfassungen und Bewertungen als Expertisen-Fokusgruppen aufgenommen, um eine möglichst ganzheitliche Ausgangsbasis für ein darauf anschließendes Pilotprojekt zu schaffen. Leider wurde dieses Vorhaben nicht genügend gut kommuniziert und auf die wissenschaftliche Ausarbeitung des Forschungsstandes und auf dessen Eingliederung zu wenig geachtet (auch aus zeitlichen Engpässen), sodass das Projekt Ende 2013 keine Förderungszusage erhalten hat. Insofern die Neuausschreibung 2014 es zulässt, wird an eine verbesserte Neueinreichung herangegangen.

Projektvariationen. Nochmals im Überblick, werden hier die verschiedenen Projektierungsmöglichkeiten dargestellt:

- <u>a1</u>) Eine direkte Förderung eines Grundlagenforschungsprojekts zur Untersuchung des Biomasse-Fußabdrucks könnte über die Schiene des ACRP-Klimafonds laufen. Dazu wurde, wie erwähnt, ein Projektvorschlag schon einmal eingereicht.
- <u>a2</u>) Parallel dazu, oder als Ausweg, könnten auf Universitätsebene einfache bis komplexere Studien (Bachelorarbeiten, Masterarbeiten bis zur Dissertation) über diesen Bereich abgehandelt werden. Dies kann universitätsübergreifend, ähnlich wie beim kürzlich ausgeführten Programmschwerpunkt 'future lecture', geschehen.
- <u>a-d</u>) Die nächstmögliche Förderung des nun gestarteten 7-jährigen Folgeprogramms der EU, Horizon 2020, bestünde innerhalb der Industriellen Säule (aber ebenfalls auf gesellschaftliche Innovationen anwendbar) anhand der KMU-Förderung für Machbarkeitsstudien und Pilotprojekte in mehreren Phasen! Parallel dazu wäre ein überaus ambitioniertes Innovations-Forschungsprojekt auf der F&E-Schiene desselben Programms denkbar. Da dieses Projekt Koordinationstätigkeit bedingt und sehr interdisziplinär anzulegen ist, wären dazu Forschungsservicestellen von Universitäten anzusprechen, um Infrastrukturpotentiale besser zu bündeln.

Bezüglich der Anforderungen der KMU-Förderung beim EU-Programm Horizon 2020 wird das Pilotprojekt dahingehend ausgerichtet, dass mittels ökonomischen Kennwerten und deren methodischen Erhebungen, den aktuellen Präferenzen von Wirtschaftswachstum, Schaffung von Jobs, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherheit entsprochen werden kann. Hierbei wird versucht die Gestaltung eines Pilotprojekts in makroökonomischen Belangen gesellschaftlicher Entwicklung (Erhaltung der Infrastruktur) und in einzelunternehmerischen Belangen (Gewinnpotential) positiv abzuwickeln.

Die weiteren Detailprojekte E-F in Richtung staatlicher Ebene sind dann, wie schon skizziert, auszurichten. Sie wären dann, in Abstimmung mit regionalen Ergebnissen, sowohl fachlich als auch politisch bereits besser abgesichert durchführbar.

Projektdimensionen und Umsetzungszeitrahmen. Zum Abschluss wäre noch die <u>Dimension des Gesamtprojekts</u> und der <u>Umsetzungszeitrahmen</u> zu überblicken:

- -- Da wäre zum einen das bis hierher skizzierte <u>Rahmenprojekt der Ressourcenwirtschaft</u> zu nennen. Dieses ist ein relativ einfach gehaltenes Instrument zur Ist-Zustandserfassung ohne besonderen qualitativen Hintergrund, jedoch mit der wichtigen parallelen Eigeninwertsetzung der Naturressourcen auf Basis bioproduktiver Flächen!
- -- Als weiterer wichtiger Aspekt wäre die Integration der qualitativen Elemente zu sehen, die als "Prognoseinstrumente für die Wirtschaft" bezeichnet werden. Sie beinhalten die immens komplexen Methoden, Auswirkungen der vielfältigen Tätigkeiten des Menschen (Bewirtschaftungsmethoden, schlichtweg das Produktions- und Konsumverhalten) auf die Bioproduktivität von regionalen bis globalen Gegebenheiten abzuschätzen. Dazu zählen dann auch Verhaltenspräferenzen bis hin zu menschlich (psychologischen) Hintergründen. Auch alle derzeitigen Ökobilanzierungen sind hier praktisch zu integrieren.
- -- Als weitere Dimension ist die <u>Bewusstseinsbildung</u> zu sehen. Die Verbreitung über Medien und an Schulen/Universitäten sowie Volksbildungseinrichtungen sind hier wichtige Aspekte. Dazu leistet die Plattform Footprint zusammen mit dem global schon sehr bekannten Netzwerk 'Global Footprint Network' (iniziiert 2003 von M. Wackernagel) bereits vorbildliche Arbeit.
- -- Der Bereich der <u>internationalen Konvergenzlösungen</u> wäre ein ebenso wichtiger Punkt globaler ökologischer Dimension, derzeit noch weit entfernte Zukunftsvision. Aber auch dies könnte sich schnell ändern, wenn vorliegende Konzeption aufgegriffen wird. Die Ressourcenwirtschaft würde auch diesen Aspekt massiv potentiell beinhalten, da er dazu eine fördernde Komponente gewinnbringender Zusammenschlüsse von Ländern in die Wege leiten könnte.

Der <u>Umsetzungszeitrahmen</u> als letzter wichtiger Punkt (Folie ,10 Jahre bis zur Umsetzung') zeigt, dass es nicht ganz so schnell und vor allem nur schrittweise gehen wird. Dies erfordert zum einen die Schaffung der technischen Einrichtungen (rein technisch wäre dazu nichts Prinzipielles neu zu erfinden, außer Verbesserungen bei Datenabsicherungen) und zum anderen eine gewisse Gewöhnungs- und Bildungsphase der Menschen. Letzteres könnte nach unserer Einschätzung durchaus – trotz so mancher Unkenrufe – ebenfalls machbar sein.



Die operationellen Abhandlungen auf Basis der bereits skizzierten Projekte fügen sich in die Projektphasen a-d eines Grundlagen und Pilotprojekts bis zum 5. Jahr und die staatlichen Folgeprojekte E-F bis zum 10. Jahr ineinander.

Anmerkungen und Fragen:

- -- Zur ökonomischen Bewertung. Eine Veränderung könnte insofern erzielt werden, indem eine Verhaltensänderung der Menschen dieser Regionen erreicht wird.
- -- Zeitrahmen. Wichtig ist, dass ein umfangreicherer Gesamtrahmen des Gesamtprojekts skizziert wird, der über die üblichen Legislaturperioden hinausgeht. Damit würde eine Unterstützung parteiübergreifend ermöglicht werden, da nicht nur engstirnig, in Legislaturperioden verhaftet, gedacht wird.

Dipl.-Ing. Dr. Harald J. Orthaber

Wien, Austria, Tel: 0699-1-4846413

<u>h.orthaber@fli.at</u>, <u>http://members.chello.at/zfsnet/</u>

Anhang A:

Grundsätze zur Ressourcenwirtschaft¹

Die Komplexität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens hat sich infolge der rasant fortschreitenden technologischen Entwicklung, der umfassenden Mobilität und der angewachsenen Bevölkerung, enorm erhöht. Lösungsvorschläge werden zunehmend undurchschaubar, Umsetzungen werden zum Versuch und Irrtum.

Das **Zukunftsforum Systemwandel**² widmet sich nun, inklusive den Vorentwicklungen, rund 10 Jahre einem Modell, mit dem diese Komplexitäten geordnet und die Handhabe vereinfacht wird und ein gewinnender Brückenbau für alle entsteht.

Unterteilt nach Hauptfachbereichen werden folgende **Grundsätze** als Basiskonsens vorgeschlagen:

zur Natur:

- (1) Naturbedingte Grenzen respektieren, definieren und festlegen ("Cap"). Der Respekt vor den naturbedingten Grenzen hat Vorrang vor der Annahme unbeschränkter technologischer Machbarkeit. Diese Grenzen sind im Sinne einer Eigeninwertsetzung der Natur zu definieren und festzulegen, um die Ausbeutung der Natur zu stoppen. Die Grenzen können zunächst auf aktuellem Nutzungsniveau liegen.
- (2) Nachhaltigkeit umsetzen. Das Zukunftsforum Systemwandel setzt sich das Ziel, ökologische Nachhaltigkeit nach ihrer allgemein anerkannten Definition umzusetzen: "Um die Lebenschancen zukünftiger menschlicher Generationen gegenüber den gegenwärtigen nicht zu schmälern, darf der reproduktiven Natur nicht mehr entnommen werden, als nachwächst".
- (3) Nachwachsende Naturgüter bilanzieren. Um einen pfleglichen Umgang mit den nachwachsenden Naturgütern zu erzielen, muss deren Ist-Zustand und deren Entwicklung (Prognose-Tools) erfasst werden.
- (4) Naturnutzung auf ein nachhaltiges Niveau absenken ("Shrink"). Innerhalb einer tragbaren Zeitperiode von ein bis zwei Generationen ist die Naturnutzung auf ein ökologisch nachhaltiges Niveau abzusenken, wenn die Menschheit bei gegenwärtigem Wissens- u. Entwicklungsstand nicht einen ökolog-ischen Kollaps riskieren will. Diese starke Reduktion ist für das überkonsumierende Fünftel der Menschheit jedoch durchaus durch umweltverträgliche Innovationen und einem neuen Lebensstil kompensierbar.

zum Sozialen und zur Bildung:

(5) Lebenschancen gleichberechtigt verteilen ("Share"). Innerhalb der aktuell definierten naturbe-dingten Grenzen sind die Chancen auf ein menschenfreundliches Leben gerecht auf alle Menschen zu verteilen. Dies bedingt eine neue Art der gelebten Demokratie und führt unter anderem zu einer wesentlichen Ausweitung des Arbeitsbegriffs, woraus sich bisher nicht gekannte Formen der sozialen Freiheit und einer solidarischen Lebensform des Menschen ausbilden können. Anstatt Schul- od. Bildungspflicht, tritt freies Lernen.

zur Wirtschaft:

- (6) Naturnutzung und Arbeit gerecht eintauschen ("Trade"). Die Naturnutzungsrechte können flexibel gegen Geldwerte bzw. Arbeit eingetauscht werden. Dieser Vorgang bereitet den Weg für umwelt-verträgliche Innovationen im Hinblick auf Ökoeffizienz, wirtschaftliche Flexibilität und Chancengerechtigkeit gemäß (5). Die gesicherte Zuteilung, der flexible Eintausch von Naturnutzungsrechten und die Steuerbefreiung (7) er-möglichen ein 'Tätigsein in Freiheit' und tragen somit zu einer höchstmöglichen Zufriedenheit aller Menschen bei. Wichtige Lebensgüter (z.B. Wohnraum, Energie) sind aber zusätzlich vor Missbrauch abzusichern.
- (7) Arbeit von willkürlicher Besteuerung befreien (mögl. Zusatzposition). Dies bedeutet zusammen mit (5) ein 'in Freiheit tätig sein'. Die einzige Abgabenpflicht kann über den Zukauf überdurchschnittlicher Naturnutzung geregelt werden, um damit soziale Transferleistungen bereitzustellen. Oder Umstellung auf 'vergängliches' Geld.
- (8) Arbeit in Zeiteinheiten bewerten (mögl. Z.). Arbeit braucht Zeit und ist wichtiges nichtmaterielles Lebensgut und kann weltweit als einheitliche Geld-Werteeinheit gelten, um Arbeit miteinander zu teilen und auszutauschen.

zur Demokratie:

- (9) Medien sind frei zugänglich (mögl. Z.). Der Austausch von Informationen ist ein hohes demokratisches Gut. Zu dessen Gewährleistung müssen Teilbereiche davon unter bestimmten Regelungen frei zugänglich sein.
- (10) Basiskonsens. Um all diese getroffenen Aussagen erfolgreich umsetzen zu können, braucht es dazu eine tiefgreifende intellektuelle und emotionale Verankerung als einstimmiger Konsens (soziokratisch als "Konsent' bezeichnet). Eine Entscheidung dazu ist dann getroffen, wenn kein schwerwiegender, argumentierter Einwand gegen einen Vorschlag mehr besteht (STROBL 2010, Wikipedia). Diese Form wird zur allgemeinen Regel der demokratischen Entscheidungsfindung.

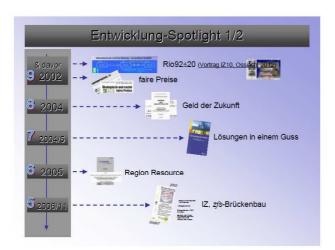
¹ Unter Ressourcenwirtschaft verstehen die Projektbetreibenden die Anerkennung, dass nachwachsende Naturgüter auf der Erde begrenzt sind und deshalb pfleglich damit umzugehen ist.

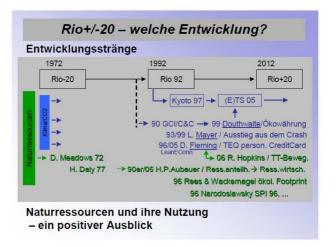
² Das *zfs* ist seit Mai 2007 ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft (http://www.initiative-zivilgesellschaft.at), einer Projektegemeinschaft aus gegenwärtig über 40 Initiativen und Organisationen. Kurzinfo-Webseite: http://members.chello.at/zfsnet/

Anhang B: Präsentationsfolien





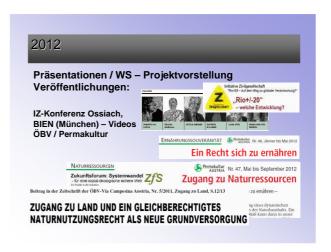












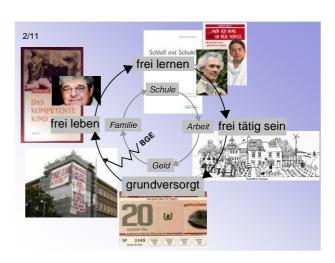


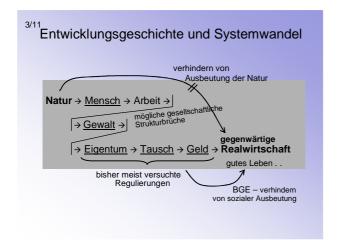
"Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom", sagte einmal der US-Ökonom Kenneth Boulding.

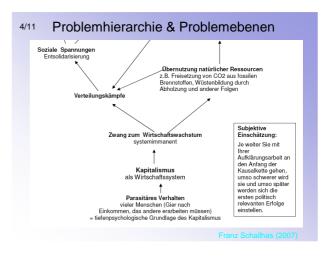
Doch – jene Ökonomen gehen eher davon aus, dass durch Innovation <u>praktisch</u> in nahezu unbegrenzter Steigerung (wir leben in Fülle) Naturressourcen/ Energie verfügbar sind!

Frage: Kann letzteres stimmen?
Antwort entscheidend für Wachstums- oder steadystate-System.













Wohlstand und Verteilung / Kernideen

jetziges Tun .

Wohlstand ist Geld x Arbeit x Naturressourcen in BIP

- * bei Geld und Arbeit (Jobs), Wachstum, techn. Innovation
- beim Systemwandel ...

Wohlstand erfordert Arbeit und Naturressourcen

- ** bei gerechter Verteilteilung dessen
- ** dazu Naturressourcen-Bilanzierung und Deckelung nötig
- ** allgemein gültige Regelung ihres Austausches
 = Allgemeingut mit sofortiger sozialer Wirkung –
 Naturressourcen erhalten Eigenwert und zusammen mit
 dem Geld Tauschfunktion
- ** langfristige Konvergenzregelung der Reduktion der Naturressourcennutzung zwischen den Ländern

Ziele / Kernideen (It. Hans P. Aubauer)

- Ökologisches Ziel ... gerecht verteilt zwischen den Generationen
- Globalsolidarisches Ziel ... gerecht verteilt zwischen Ländern
- Soziales Ziel ... gerecht verteilt zw. den BürgerInnen eines Landes

wesentliche Handlungsziel dazu:

Gerechte Verteilung der begrenzten Naturressourcen.

"Gerecht" meint (nach I. Kant) dass die Nutzungsrechte der/des Einen dort enden, wo dieselben Nutzungsrechte der/des Anderen beginnen.

Hauptziele so definiert / Basiskonsent? ein gutes Leben für alle . . . Lebensfreundlichkeit

- es geht um materiellen Wohlstand, aber
 - 1) Vermeidung der Ausbeutung der Natur
 - 2) Vermeidung der Ausbeutung der Menschen untereinander
- → es geht um immaterielles Wohlbefinden
 - 3) fördern von Zufriedenheit

10/11 Kernelemente / Basiskonsent des zfs

- 1) ökolgoischer Grundsatz der Nachhaltigkeit: "nicht mehr nutzen als nachwächst" -> Chancengerechtigkeit für alle Generationen
- 2) naturbedingte Grenzen akzeptieren
- 3) innerhalb dieser gleiche Verteilung der Chancen auf ein menschenfreundliches Leben
- 4) dazu wird ein Rahmen-Instrument eingesetzt
 - zur Eigeninwertsetzung der Natur
 - zur Ökobilanzierung der Biomasse
 - zur Grundversorgung aller Menschen

11/11 Grundsätze zur Ressourcenwirtschaft

zur Natur

Gesellschaftlich selbst begrenzen (cap) – nicht mehr nutzen als nachwächst - bilanzieren - Nutzung absenken/konvergieren (shrink)

zum Sozialen und zur Bildung

gleichberechtig verteilen (share) - freie lernen

zur Wirtschaft

Naturnutzung und Arbeit gerecht eintauschen (trade) - keine willkürliche Steuer auf Arbeit - Zeit als Arbeitsmaßeinheit

zur Demokratie

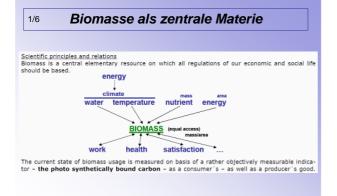
tw. freier Medienzugang, soziokratische Konsentfindung

Fragen, Anregungen, Ablehnungen . . . ??

Teil 1b: fachlich-technische Details







EF - Indikatoren (Prinzip) 2/6 lokErtrag (t_f) nach Rees&Wa: EF (gha) = spez. Ø gErtrag (t_r/gha) lokErtrag (t_f) • spez.B (tC/t_f) nach RessW: Biom.F (gha) = spez. Ø gBErtrag (tC/gha) spez.Biomasse (tC/ t_f) .. artenspezifisch, glob.konstant spez. Ø $_9$ BErtrag (tC/ $_9$ ha) .. glob.<u>ein</u> Wert (zB 1tC/ $_9$ ha) spez.B (tC/t_f) spez.BF (gha/t_f) = spez. Ø gBErtrag (tC/gha) (Biomasse-Footp-'Preis'liste!) lokBErtrag (tC) nach Aub.: MEF (lokha) = spez.nh lokBErtrag (tC/lokha) lt. Aubauer 2011 (Gleichungen 1-3)

